

Absender:

An die Bundeskanzlerin
Frau Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1
D-10557 Berlin

Fax: 03018 400-2357

E-Mail: internetpost@bundeskanzlerin.de

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,

Ende Februar haben Sie den türkischen Ministerpräsidenten Erdogan als Staatsgast empfangen und mit ihm die CeBit in Hannover eröffnet. Zuvor hatte Präsident Erdogan in Düsseldorf zu seinen Landsleuten gesprochen und verlangt: „Unsere Kinder müssen Deutsch lernen, aber sie müssen erst Türkisch lernen.“ Wir sind der Meinung, dass Präsident Erdogan sein Gastrecht als Wahlkämpfer missbrauchte, indem er sich zum Nachteil der Kinder seiner Landsleute in die inneren Angelegenheiten Deutschlands eingemischt hat.

Wir möchten Sie auf einen Vorgang in der Türkei aufmerksam machen, der dringend nach internationaler Solidarität und die Einmischung der Regierungen der Europäischen Union verlangt: Es geht um die Zukunft der christlichen Minderheiten in der Türkei. Am 26. Januar 2011 hat der Kassationsgerichtshof in Ankara entschieden, dass das Kloster Mor Gabriel dem staatlichen Schatzamt ca. 24,4 ha Land abzutreten hat, obwohl das Kloster seinen Besitz durch Urkunden nachweisen kann. Am 20. Februar 2011 sprach dasselbe Gericht dem türkischen Forstamt weitere ca. 27,6 ha Forst aus dem Grundbesitz des Klosters zu. Auf diesem steht ein Stück der Schutzmauer um das Kloster. Zudem haben die Bürgermeister von drei Nachbargemeinden beim Gericht Ansprüche auf den Besitz des Klosters angemeldet. Der nächste Prozess ist für den 4. Mai 2011 anberaumt. Dann soll sich der Vorsitzende der Stiftung Mor Gabriel, Kuryakos Ergün, wegen angeblich illegalen Baus der Mauer auf staatlichem Waldgebiet verantworten. Da das Land dem türkischen Forstamt zugesprochen wurde, ist zu befürchten, dass diese Schutzmauer, die die zur Selbstversorgung der Bewohner dienenden Klostergärten vor Zerstörung durch kurdische Viehherden schützt, abgerissen zu werden droht.

Diese Entscheidungen gehen weit über eine juristische Auseinandersetzung um Ländereien zwischen beliebigen Streitpartnern hinaus, sie greifen die Grundfesten der Toleranz des türkischen Staates gegenüber religiösen und ethnischen Minderheiten an und lassen Achtung und den Willen zur Verständigung mit anderen Kulturkreisen vermissen.

Das im Jahre 397 n. Chr. erbaute Kloster Mor Gabriel gehört zu den ältesten Stätten des christlichen Glaubens, es ist die letzte geistliche Zufluchtstätte der Christen in Südostanatolien. Dieses Kloster ist der lebendige Beweis der Existenz des Christentums in der Türkei weit vor dem Anfang des Islam im Jahre 622 n. Chr. Vor 100 Jahren lebten ca. 950.000 assyrische Christen im Tur Abdin und in dem Hakari-Gebiet, 1960 zählte man noch 350.000 Christen im Tur Abdin, 1974 waren es noch 250.000 und bis 1990 ging die Zahl auf nur noch 15.000 Christen zurück. Die immer kleiner werdende Zahl der wenigen verbliebenen Christen lebt mit der Angst und unter schwierigen Umständen.

Mit den Enteignungen vom Januar und Februar und den nächsten noch anstehenden Prozessen im Mai ist zu befürchten, dass auch den letzten in ihrer angestammten Heimat heute noch verbliebenen 2.500 bis 3.000 Christen das als geistliches Zentrum dienende Kloster weggenommen und zu einem touristischen Ausstellungsobjekt umfunktioniert wird. Das hätte die vollständige Zerstörung einer ethnischen und religiösen, nämlich christlichen Minderheit zur Folge. Und das unter den Augen der Politiker Europas, die gleichzeitig der Türkei den Weg nach Europa ebnen und der türkischen Regierung Mitspracherecht in Deutschland einräumen. Abzuwarten, wie Berufungsgerichte in Ankara entscheiden, wäre nicht nur unterlassene Hilfeleistung für die christliche Minderheit der syrisch-orthodoxen Christen und ihres geistlichen Zentrums im Tur Abdin, sondern Akzeptanz des Verschwindens einer nicht muslimischen Minderheit in der Türkei.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, bitte mischen Sie sich ein! Erheben Sie Ihre Stimme offen und deutlich, damit es nicht nur Ministerpräsident Erdogan hört, sondern auch die letzten Christen in der Türkei und alle besorgten Bürger Europas. Das türkische Schatz- und das Forstamt müssen auf die Vereinnahmung der Ländereien des Klosters verzichten. Stellen Sie finanzielle Mittel zur Unterstützung der Christen für weitere Prozesse und andere gegen sie gerichtete Maßnahmen bereit. Auch das Auswärtige Amt und Ihre Partei, die CDU, sollten aktiv werden. Die türkische Regierung muss den Christen gleiche Rechte wie anderen Bürgern gewähren und Hab und Gut der Christen achten – oder Tür zu für weitere Beitrittsverhandlungen!

Herr Erdogan wird verstehen, wenn Sie offen mit ihm sprechen.

Datum:

Unterschrift:

Kopie: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Fax: 069-42010833, E-Mail: info@igfm.de